

1 **Initiativantrag 2**

2  
3 **AntragsstellerInnen: Juso-Bezirksvorstand Oberbayern**

4 **AdressattInnen: Juso-LaKo, Juso-BuKo, SPD-Bezirksparteitag, SPD-**  
5 **Landesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, UN-Beauftragte der**  
6 **Bundesregierung**

7  
8 **Mit einer gemeinsamen internationalen Stimme gegen den Kinder- und**  
9 **Menschenhandel!**

10  
11 Die jüngst bekannt gewordenen Vorfälle in Deutschland bezüglich Menschenhandel  
12 haben Deutschland tief getroffen. Es ist erschreckend anhand von realen Vorgängen,  
13 wie sie ans Licht kamen zu sehen, dass auch in der Bundesrepublik mit der  
14 „lukrativen Ware Mensch“ immer häufiger gehandelt wird, jenseits jeglicher  
15 Menschenrechte und fernab jeglicher Vorstellungskraft eines Durchschnittsbürgers.  
16 Es stellt einen Skandal dar, dass die Medien sich diesem Thema nicht inhaltlich  
17 annahmen, sondern der Diskurs über Politikerversagen im Vordergrund stand. Umso  
18 wichtiger ist es nun sich diesem Problem thematisch in breiter Öffentlichkeit  
19 anzunehmen.

20  
21 Die Realität hat auch uns eingeholt und wir müssen endlich einsehen, dass alle  
22 bisherigen Massnahmen und Vorkehrungen zur Bekämpfung von Kinder- und  
23 Menschenhandel fehlgeschlagen sind oder höchst unzulänglich waren. Allein in der  
24 Bundesrepublik leben schätzungsweise 140000 Zwangsprostituierte. (In dieser  
25 Schätzung sind andere Einnahmequellen/Arbeitsbereiche auf die Menschenhändler  
26 setzen nicht enthalten)

27 Opfer können immer noch keinen ausreichenden Schutz, sei es Asyl, finanzielle  
28 Grundsicherung oder Schutz vor den Tätern erwarten. Diese Tatsache stellt eine  
29 grosse Lücke in der konsequenten Bekämpfung von organisierter, internationaler  
30 Kriminalität dar, da die Justiz auf die Opferaussagen erheblich angewiesen ist. Um  
31 den Opfern die Möglichkeit zu geben gegen ihre Peiniger und die grossen, beteiligten  
32 Netzwerke aussagen zu können müssen von vornherein alle Unsicherheitsfaktoren  
33 aus dem Weg geräumt werden. Der Opferschutz muss dementsprechend adäquat  
34 umgesetzt werden und die jetzigen Disparitäten aus dem Weg geschafft werden.  
35 Dazu gehört auch eine spezifische Ausbildung und Sensibilisierung von  
36 Polizeikräften und Bereitstellung von psycho-sozialer Betreuung für Opfer nach der  
37 Vernehmung. Eine Aufklärung der Bevölkerung und Enttabuisierung muss als  
38 Verantwortung der Gesamtgesellschaft gegenüber als Aufgabe der Politik und der  
39 entsprechenden Ministerien gesehen werden.

40 Da der Menschenhandel international verbreitet ist und dem organisierten  
41 Verbrechen zuzuordnen ist muss dieses Problem auch in internationaler  
42 Zusammenarbeit und Kooperation angegangen werden.

43  
44 Diese Forderungen und viele mehr können durch die Ratifizierung des  
45 Zusatzprotokolls der Vereinten Nationen zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung  
46 des Menschenhandels in Ergänzung des Übereinkommens gegen die  
47 grenzüberschreitende organisierte Kriminalität in Angriff genommen werden.

48 **Mit Entsetzen mussten wir feststellen, dass die Bundesregierung zu der**  
49 **Minderheit gehört, die dieses Zusatzprotokoll noch nicht ratifiziert hat!**

50 **Wir fordern eine sofortige Ratifizierung des UN-Protokolls um die**  
51 **Menschenhändler endlich konsequent zu bekämpfen und vor allem den Opfern**  
52 **solidarisch zur Seite zu stehen um ihre Not und ihr Leid zu beenden. Die**

- 1 **Sozialdemokratie hat sich immer als Anwalt der Menschenrechte und vor allem**
- 2 **der wehrlosen und schwachen Menschen gesehen, nun muss sie dies auf**
- 3 **internationaler Ebene ebenso beweisen!**